

# Anlage zur Medieninformation

070 / 2012

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Zu den extremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen wird im Verfassungsschutzbericht 2011 im Einzelnen Folgendes ausgeführt:

## Rechtsextremismus

### **Rechtsterroristische Terrorzelle NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU)<sup>1</sup> wird bekannt**

Im November 2011 wurde bekannt, dass mit dem „NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUND“ (NSU) seit mehr als zehn Jahren eine rechtsextremistische Terrorzelle unentdeckt existiert hat. Brutale Morde, zwei Sprengstoffanschläge und schwerste Straftaten werden dem Trio inzwischen zugeschrieben. Acht türkisch stämmige und ein griechischer Mitbürger waren zwischen 2000 und 2006 umgebracht worden. 2007 wurde eine Polizistin in Heilbronn durch dieselben Täter ermordet. Dreizehn Jahre lang haben die Täter unentdeckt in der Bundesrepublik Deutschland und vor allem in Sachsen gelebt. Die bisherige Einschätzung, wonach sich in den letzten Jahren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen gebildet hätten, musste damit revidiert werden.

Die rechtsextremistische Szene zeigte unterschiedliche Reaktionen auf die Vorgänge um den NSU. Offenbar aus Furcht vor staatlichen Maßnahmen wie z. B. einem erneuten NPD-Verbotsverfahren distanziert sich die NPD in Sachsen vom NSU. Im Zusammenhang mit dem NPD-Landesparteitag am 21. Januar 2012 wurde dazu auf der Internetseite der sächsischen NPD verlautbart:

„Zum wiederholten Male wies Holger Apfel jeden konstruierten Zusammenhang zwischen der NPD und dem offensichtlich geheimdienstlich gesteuerten und damit staatlich geduldeten Mörder-Trio zurück. Die Partei lehne Gewalt als Mittel der Politik konsequent ab. Die Verbotsdebatte sei durchsichtig und gegenstandslos.“

---

<sup>1</sup> Siehe Beitrag „NEONATIONALSOZIALISTEN und subkulturell geprägte Rechtsextremisten“, II.2.1.1.2.

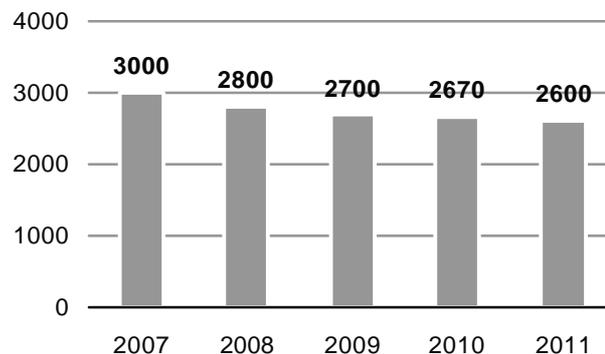
Vereinzelt wurde aber auch Sympathie für den NSU geäußert. Zu einer solchen deutlichen Bekundung kam es z. B. am 12. November 2011 in Rothenburg (Landkreis Görlitz). Bei einem von der NPD organisierten rechtsextremistischen Konzert mit ca. 1.300 Besuchern initiierte ein Konzertteilnehmer eine Gedenkminute für die in Thüringen „zu Tode gekommenen Kameraden“.

## Mitgliederpotenzial

### Weiter rückläufiges rechtsextremistisches Personenpotenzial / Neonationalsozialisten behaupten sich weiterhin als anhängerstärkstes Lager der Rechtsextremisten in Sachsen

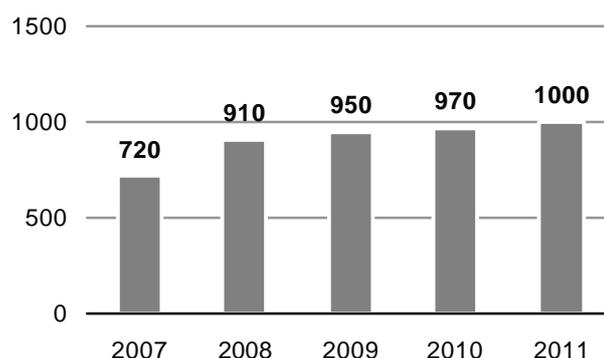
Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen ist mit 2.600 Personen im Jahr 2011 erneut leicht zurück gegangen (2010: 2670 Personen). Seit 2007 hat die Szene damit etwa 13% ihrer Anhängerschaft verloren.

**Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen**



Die Anzahl der NEONATIONALSOZIALISTEN ist erneut leicht angestiegen. Sie behaupten sich damit als das anhängerstärkste Lager im Bereich der rechtsextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen. Sie verzeichneten gegenüber dem Vorjahr einen leichten Zuwachs auf etwa 1.000 Personen (2010: ca. 970).

**Personenpotenzial der NEONATIONALSOZIALISTEN im Freistaat Sachsen**



Die Mitgliederzahl der NPD ging erheblich zurück (2011: 760; 2010: 800). Die Anzahl der NPD-Mitglieder hat sich damit im Vergleich zu 2007 um ca. 11% verringert.

Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene ist 2011 dagegen erneut leicht zurückgegangen. Diesem Potenzial wurden ca. 870 Personen zugerechnet (2010: ca. 890).

Das gewaltbereite rechtsextremistische Potenzial wird für das Jahr 2011 auf etwa 800 Personen geschätzt (2010: 830). Es ist damit ebenfalls geringfügig gesunken.

## **Rückgang rechtsextremistischer Straf- einschließlich Gewalttaten – keine Verharmlosung der Gefahren durch Rechtsextremisten**

Die Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sind 2011 gegenüber dem Vorjahr (98 Gewalttaten) erneut gesunken. Im Berichtsjahr wurden 84 rechtsextremistische Gewalttaten begangen. Die Mehrzahl der Gewalttaten (54 %) waren gegen den politischen Gegner gerichtet. 27 % der Gewalttaten waren fremdenfeindlich motiviert. Trotz des Rückgangs der Gewalttaten sind die vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren in Bezug auf Gewalttaten nicht zu unterschätzen. Im Weltbild von NEONATIONALSOZIALISTEN finden sich Einstellungsmuster, die eine Neigung zur Gewalt offenbaren. Mit massiver Gewalt sind z. B. ca. 150 Rechtsextremisten am 19. Februar 2011 in Dresden gegen ein Wohnprojekt des politischen Gegners vorgegangen, in dessen Folge Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts eines besonders schweren Falls des Landfriedensbruches eingeleitet wurden.

## **NEONATIONALSOZIALISTEN**

Der seit 2009 zu beobachtende Trend hin zur Verfestigung lokaler Strukturen bei den NEONATIONALSOZIALISTEN setzte sich auch im Jahr 2011 fort. Die Szene vermeidet es allerdings überwiegend, ihre Strukturen als Kameradschaften zu bezeichnen. Stattdessen wurden bevorzugt wechselnde Begriffe wie FREIE KRÄFTE, NATIONALER WIDERSTAND, NATIONALE SOZIALISTEN oder aber Eigennamen wie z. B. REVOLUTIONÄRE NATIONALE JUGEND (RNJ) gewählt, die oft einen auf einen Ort bzw. eine Region hinweisenden Namenszusatz haben.

Im Freistaat Sachsen war das Phänomen der so genannten AUTONOMEN NATIONALISTEN (AN) fast ausschließlich als eine Aktionsform von neonationalsozialistischen Gruppierungen anlässlich bestimmter öffentlichkeitswirksamer Aktionen zu beobachten. Selten – wie z. B. über einen kurzen Zeitraum in Freiberg – bezeichneten sich Gruppierungen selbst

als AN. Nennenswerte Aktivitäten im Zusammenhang mit den „AN“ waren im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen nicht feststellbar.

### **NEONATIONALSOZIALISTEN bestimmen das Aktionsniveau der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen – Demonstrationen im Rahmen der „Volkstod“-Kampagne bzw. der „UNSTERBLICHEN“**

Auch 2011 haben **NEONATIONALSOZIALISTEN** das Aktionsniveau der gesamten rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen bestimmt.

Von den insgesamt 47 Demonstrationen, die hier 2011 von Rechtsextremisten durchgeführt wurden, gingen allein 34 auf das Konto der NEONATIONALSOZIALISTEN. Dabei wurden 20 dieser öffentlichkeitswirksamen Aktionen ohne vorherige Anmeldung durchgeführt.

Bereits in den vergangenen Jahren waren derartige nicht angemeldete Aktionen überwiegend im Rahmen der von NEONATIONALSOZIALISTEN bundesweit betriebenen „Volkstod“-Kampagne durchgeführt worden.

Mit dieser Kampagne soll der Öffentlichkeit suggeriert werden, dass das Aussterben des deutschen Volkes als Volksgemeinschaft unmittelbar bevorstehe. Dieser „Volkstod“ werde durch die Politik der gewählten Volksvertreter herbeigeführt, welche die „Umvolkung, Abtreibung (...) und Forcierte Masseneinwanderung zweifelhafter Elemente aus aller Herren Länder“<sup>2</sup> fördern würden.

Für ihre Aktionen nutzten die Rechtsextremisten z. B. Veranstaltungen wie Karnevalszüge oder andere Volksfeste, bei denen sie sich maskiert und mit schwarzen Kapuzenmänteln bekleidet unter die Besucher mischten, um möglichst große Aufmerksamkeit zu erlangen.

Im Jahr 2011 entwickelten NEONATIONALSOZIALISTEN aus dieser Kampagne heraus das Konzept der UNSTERBLICHEN. Die in diesem Rahmen durchgeführten nicht angemeldeten Aktionen der UNSTERBLICHEN wurden entweder von regional aktiven rechtsextremistischen Gruppierungen vorbereitet, oder es erfolgte eine überregionale Mobilisierung und Beteiligung von Rechtsextremisten.

Mit ihren unangemeldeten Aktionen beabsichtigen die Rechtsextremisten, möglichst provokant und öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten, wobei das Internet als eine Art Verstärker fungiert. Die Teilnehmer tragen oft weiße Masken und schwarze Bekleidung, führen Fackeln mit sich, zünden Feuerwerkskörper und skandieren Parolen. Die bei den Veranstaltungen gefertigten Videomitschnitte werden aufbereitet und im Internet veröffentlicht, um das eigene Anliegen einem größtmöglichen Personenkreis zugänglich zu machen. Entsprechende Videos wurden inzwischen auf Internetplattformen mehrere 10.000-mal aufgerufen. So wurde das Video zu der Demonstration (Fackelzug) am 30. April 2011 in Bautzen auf einer Internetplattform innerhalb eines Jahres ca. 67.000-mal aufgerufen (Stand: 30. April 2012).

<sup>2</sup> METAPEDIA, rechtsextremistisches Wiki zum Thema „Volkstod“.

In der jüngeren Vergangenheit ist die Intensität dieser Aktionen deutlich zurück gegangen. Behördliche Maßnahmen haben hier Erfolge gezeigt. Im ersten Halbjahr 2012 wurde nur noch eine unangemeldete Demonstration der so genannten UNSTERBLICHEN bekannt.

Ob die Szene ihre Aktionen im Rahmen der „Werde unsterblich“-Kampagne wieder intensiviert oder aber andere Konzepte suchen wird, bleibt abzuwarten. Nicht zuletzt können sich die Akteure aktionsorientiert präsentieren und dadurch unter Umständen vor allem interessierte Jugendliche mit der Neigung zu auch illegalen Aktionen an sich binden. Ferner bleibt zu beobachten, ob die Rechtsextremisten weitere neue Aktionsformen entwickeln.

## **Rechtsextremistische Parteien**

### **Personelle Veränderungen innerhalb der NPD-Führung nicht unumstritten**

Im November 2011 wählten die Delegierten des NPD-Bundesparteitages den sächsischen Landesvorsitzenden Holger APFEL zum Bundesvorsitzenden der Partei. Ihm war es damit gelungen, sich und damit auch sein so genanntes „Konzept der seriösen Radikalität“ im parteiinternen Machtkampf gegenüber Udo VOIGT durchzusetzen.

Allerdings blieben die von der Partei erhofften Impulse dieses Wahlausgangs bisher aus. Die Partei verlor im Freistaat Sachsen weiter an Mitgliedern und auch an Einfluss in der rechtsextremistischen Szene.

Ein Teil der Mitglieder innerhalb der sächsischen NPD zeigte sich nicht zufrieden mit der Übernahme des Bundesvorsitzes durch APFEL. Verstärkt wurde der parteiinterne Unmut Anfang 2012 durch die Wahl von APFELS „Wunschkandidaten“ Mario LÖFFLER zum neuen sächsischen Landesvorsitzenden. Szeneintern steht LÖFFLER eher für Distanz zu den neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTEN. Auch er folgt dem von APFEL vorgegebenen scheinbar gemäßigeren Weg einer „seriösen Radikalität“, der allerdings keineswegs eine Abkehr von extremistischen Positionen beinhaltet.

Für einige offen neonationalsozialistisch orientierte Parteimitglieder ist die NPD damit nicht mehr akzeptabel. Die Folge sind teilweise Austritte aus der Partei. Es wird beklagt, unter der Führung von APFEL als Bundesvorsitzender gelte: „Die Radikalen sollen gehen und der Rest darf kommen.“

### **Zunehmend schwieriges Verhältnis der NPD zu den FREIEN KRÄFTEN**

Der gegenwärtige Kurs und die personelle Besetzung der NPD-Führung treiben offenbar „radikal orientierte“ Vertreter der FREIEN KRÄFTE wieder aus der Partei heraus. Der „nationalsozialistische“ Gesichtsverlust aber auch die personellen Veränderungen an der Spitze des sächsischen NPD-

Landesverbandes führen zusehends dazu, dass das seitens der NPD immer wieder als harmonisch dargestellte Verhältnis zu den FREIEN KRÄFTEN stark leidet. Auch die Aufnahme von nunmehr drei ehemaligen Führungskräften der neonationalsozialistischen Szene in den NPD-Landesvorstand trug nicht dazu bei, den breiter werdenden Graben zu überwinden.

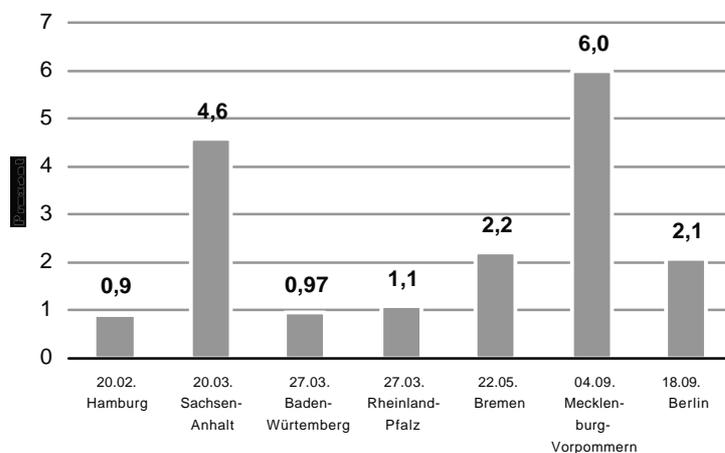
### **NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) tendiert stärker zum Lager der NEONATIONALSOZIALISTEN als zur Mutterpartei NPD**

Ungeachtet dessen weisen die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), die Jugendorganisation der NPD, sowohl mit ihrem Personenpotenzial als auch den Aktivitäten, eine annähernde Deckungsgleichheit mit denen der NEONATIONALSOZIALISTEN auf. So wird für Aktivitäten der JN überwiegend im Bereich der NEONATIONALSOZIALISTEN mobilisiert. Führungskräfte der JN sind bzw. waren Führungskräfte regionaler Strukturen der NEONATIONALSOZIALISTEN, insbesondere der FREIEN KRÄFTE. Auch in ihrer Selbstdarstellung auf ihrer Internetseite verorten sich die JN als „Kaderorganisation der Nationalen Bewegung“.

### **Wahlniederlagen der NPD bei drei Landtagswahlen**

Auch die von der NPD 2011 im Zusammenhang mit mehreren Landtagswahlen 2011 erhofften Synergieeffekte blieben aus. So verpasste die NPD in Sachsen-Anhalt – trotz eines aufwendigen und materialintensiven Schwerpunktwahlkampfes, der vom damaligen sächsischen NPD-Landesvorsitzenden Holger APFEL geleitet wurde – mit 4,6% der Zweitstimmen den Einzug in den Landtag. Ihr gelang es somit nicht, in einen dritten deutschen Landtag einzuziehen. Sowohl die dadurch erhoffte Aufbruchsstimmung wie auch die Wahlerfolge in anderen Ländern blieben aus.

**NPD Ergebnisse bei Landtags-, Bürgerschafts- und Abgeordnetenhauswahlen 2011**

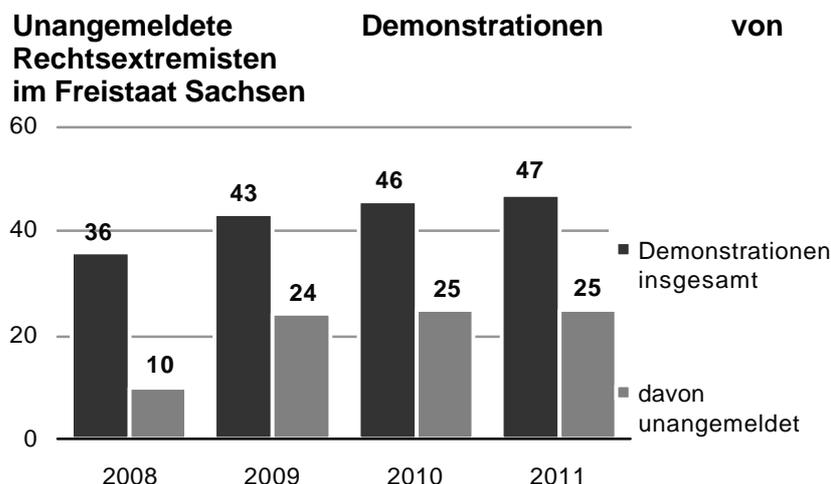


## Suche nach erfolgreicher Strategie zur Durchführung von Demonstrationen – Trend zu mehr unangemeldeten Demonstrationen

Die Geschehnisse am 19. Februar 2011 in Dresden anlässlich des Jahrestages der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg wurden von der rechtsextremistischen Szene als Niederlage empfunden. Die für diesen Tag von Rechtsextremisten geplanten und angemeldeten Veranstaltungen konnten auf Grund zahlreicher Blockaden von Gegnern des Aufmarsches nur als Kundgebung durchgeführt werden. Das Ziel, ideologische Inhalte mittels Demonstrationen publikumswirksam einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, wurde somit unmöglich gemacht. Zudem wirkte sich die Frustration über das gescheiterte Demonstrationsvorhaben negativ auf die Stimmungslage in der Szene aus.

Die nach 2010 verfolgte neue Strategie, mehrere Veranstaltungen anzumelden, um flexibler zu sein, führte nicht zum Erfolg. Die Suche nach einem erfolgreichen strategischen Ansatz setzte sich somit fort.

So hat sich im Jahr 2011 der bereits seit 2009 zu beobachtende Trend weg von langfristig geplanten und angemeldeten Demonstrationen hin zu unangemeldeten Demonstrationen manifestiert. Mehr als die Hälfte aller öffentlichkeitswirksamen Aufzüge und Kundgebungen werden nicht mehr angezeigt.

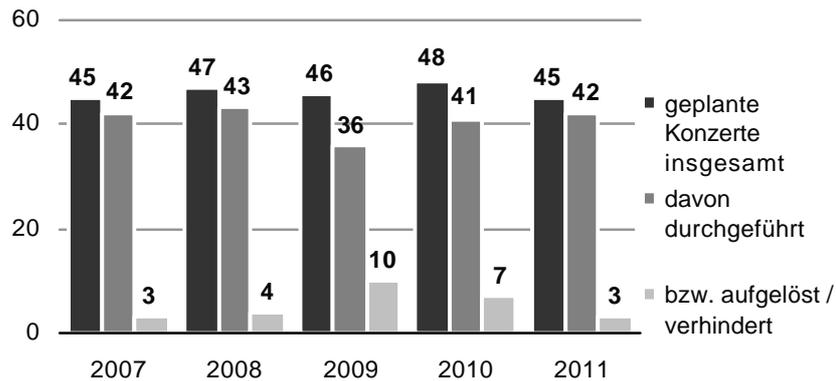


## Rechtsextremistische Konzerte in Sachsen weiterhin auf hohem Niveau

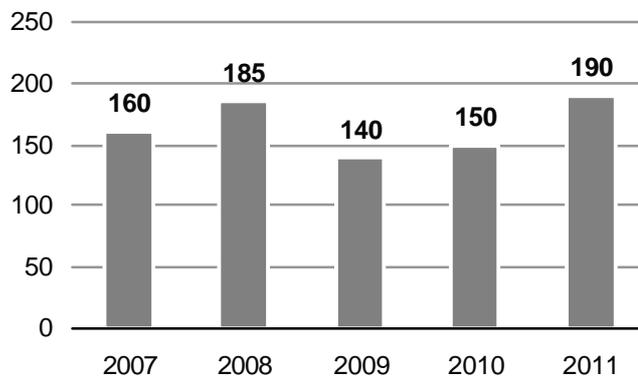
Seit Jahren bewegen sich die Szene-Aktivitäten bezüglich der Planung rechtsextremistischer Konzerte im Freistaat Sachsen auf einem gleichbleibend hohen Niveau. Von 45 geplanten rechtsextremistischen Konzerten wurden 42 durchgeführt. Damit setzte sich dieser Trend auch im Jahr 2011 fort. Ein Konzert wurde nach Beginn von der Polizei aufgelöst.

Zwei weitere geplante Konzerte verhinderten die Behörden bereits im Vorfeld. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl ist 2011 gegenüber dem Vorjahr um ca. 27% auf 190 angestiegen. Der Freistaat Sachsen bewegt sich damit wie in den vorangegangenen Jahren im bundesweiten Vergleich an der Spitze.

### Rechtsextremistische Konzerte im Freistaat Sachsen



### Durchschnittliche Teilnehmeranzahl pro Konzert



## Linksextremismus

### Anstieg des Mitgliederpotenzials ist zum Stillstand gekommen

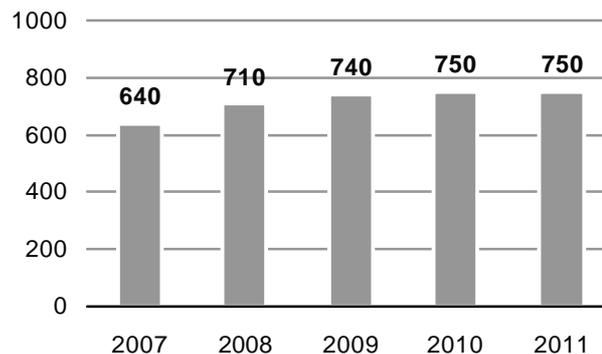
Das linksextremistische Personenpotenzial hat sich seit 2005 erstmals nicht mehr erhöht. Wie 2010 gehörten linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen im Jahr 2011 ca. 750 Personen an.

Die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen stellen mit ca. 370 Personen unverändert die AUTONOMEN dar. Deren Anhängerzahl ist in Leipzig und Dresden trotz struktureller Veränderungen stabil geblieben.

Außerhalb dieser Zentren wies die autonome Szene geringfügige Verschiebungen auf.

Das Mitgliederpotenzial der linksextremistischen Parteien und innerparteilichen Zusammenschlüsse umfasste 2011 unverändert gegenüber dem Vorjahr ca. 250 Personen.

**Linksextremisten im Freistaat Sachsen**



## **Deutlicher Anstieg des Aggressionspotenzials – massive Gewaltausbrüche am 19. Februar 2011 in Dresden**

2011 waren überdurchschnittlich viele Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund zu verzeichnen. Bei der Begehung dieser Taten wurde teilweise ein hohes Aggressionspotenzial gezeigt. So stieg die Anzahl der Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund um ca. 58% an. Das waren insgesamt 202 Taten gegenüber 128 Fällen im Vorjahr. Damit setzte sich der seit 2009 abzeichnende Trend steigender Gewaltausübung durch Linksextremisten in einer noch größeren Dimension fort als dies im Vorjahr der Fall war. Schon damals war eine erhebliche Steigerung der Gewalttaten um 44% gegenüber dem Jahr 2009 festzustellen.

Den größten Teil der Gewalttaten (2011: 164, 2010: 88) haben Linksextremisten während Demonstrationen verübt.

Mit besonders massiven Gewaltausbrüchen traten Linksextremisten am 19. Februar 2011<sup>3</sup> in Dresden in Erscheinung. Es protestierten 3.500 gewaltbereite Personen gegen die Demonstrationen von Rechtsextremisten. Linksextremisten hatten im Hinblick auf die jährlichen Trauermärsche der Rechtsextremisten im Februar in Dresden bereits seit 2004 Gegenaktivitäten entwickelt, deren Ziel stets die Verhinderung solcher Märsche war. Die entsprechenden Aktionen wurden bis 2008 von „antideutschen“ AUTONOMEN<sup>4</sup> dominiert.

Ab 2009 übernahm ein anlassbezogen neu entstandenes überregionales Bündnis die Organisation der Gegenmaßnahmen. Dessen Aktivitäten führten 2010 erstmals zur Verhinderung des rechtsextremistischen Aufzuges. Seit

<sup>3</sup> Am 19. Februar beteiligten sich etwa 3.500 gewaltbereite Linksextremisten an den Gegenaktivitäten zu Demonstrationen von Rechtsextremisten in Dresden. Die Veranstaltungen der Rechtsextremisten standen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945.

<sup>4</sup> Vgl. Beitrag „AUTONOME“, II.2.2.1.1.

diesem Zeitpunkt stellt der 13. Februar das wichtigste Ereignis für den aktionsorientierten Linksextremismus in Sachsen dar, das auch bundesweite Resonanz findet. Am 19. Februar 2011 mündete das Geschehen in Dresden in massive Gewaltausbrüche der Linksextremisten, welche sich auch gegen die Polizei richteten. Dabei entwickelten sich straßenschlachtartige Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Pflastersteine geworfen, Barrikaden errichtet und in Brand gesetzt wurden.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die im Jahre 2012 festzustellende Entwicklung - die Proteste blieben hier weitgehend friedlich - fortsetzt.

## **AUTONOME dominieren den Linksextremismus in Sachsen**

AUTONOME bilden die aktivste und dynamischste linksextremistische Kraft in Sachsen. Das Personenpotenzial der AUTONOMEN in Sachsen beläuft sich auf ca. 370 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich hinsichtlich des Personenpotenzials und der Anzahl der Gruppierungen keine wesentlichen Änderungen ergeben. Zentren der autonomen Szene in Sachsen sind Leipzig und Dresden. Weitere Schwerpunkte sind Chemnitz und der Landkreis Mittelsachsen. Eine Vernetzung der regionalen Szenen konnte nicht festgestellt werden. In Klein- und Mittelstädten sowie im ländlichen Raum bestehen einzelne autonome Gruppen. Anders als in der Vergangenheit wurden im Berichtszeitraum auch in Klein- und Mittelstädten verstärkt Aktionen unter Beteiligung von AUTONOMEN bekannt.

## **Neben dem Aktionsfeld „Antifaschismus“ gewinnt das Aktionsfeld „Antirepression“ an Bedeutung**

Wie bereits in den Vorjahren ist der „Antifaschismuskampf“ das dominierende Aktionsfeld der autonomen Szene in Sachsen. Im Berichtszeitraum hat außerdem das Aktionsfeld „Antirepression“ an Bedeutung gewonnen, nachdem Ermittlungsverfahren gegen Linksextremisten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Strafgesetzbuch) und im Zusammenhang mit den gewalttätigen Aktionen am 19. Februar in Dresden eingeleitet wurden. Linksextremisten werten diese Ermittlungsverfahren als Versuch, politisches Engagement zu kriminalisieren. In der Folge wurde die gewaltbereite linksextremistische KAMPAGNE 129EV initiiert, die im Wesentlichen durch Öffentlichkeitsarbeit Unterstützung für die Beschuldigten organisierte und darüber hinaus einen „radikalen und militanten Widerstand gegen Nazis, Staat und Kapital“<sup>5</sup> befürwortete.

## **Bündnisse von AUTONOMEN mit Nichtextremisten waren erfolgreich**

Das in seiner Gesamtheit nicht extremistische Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, konnte durch seine Taktik der dezentralen Massenblockaden den geplanten Aufzug von Rechtsextremisten am 19. Februar in Dresden wie

---

<sup>5</sup> Internetseite der KAMPAGNE 129EV.

bereits im Vorjahr verhindern. Auch gewaltbereite Linksextremisten waren an dem Bündnis beteiligt. Aus deren Sicht besteht der entscheidende Vorteil solcher Bündnisse darin, auch Personen aus dem nicht extremistischen Lager mobilisieren zu können. Da dies jedoch zur Folge hat, dass sich originär autonome Botschaften und Protestformen nicht durchsetzen lassen, lehnt ein Teil der gewaltbereiten AUTONOMEN solche Bündnisse ab.

## Islamismus bzw. islamistischer Terrorismus und sonstiger Ausländerextremismus

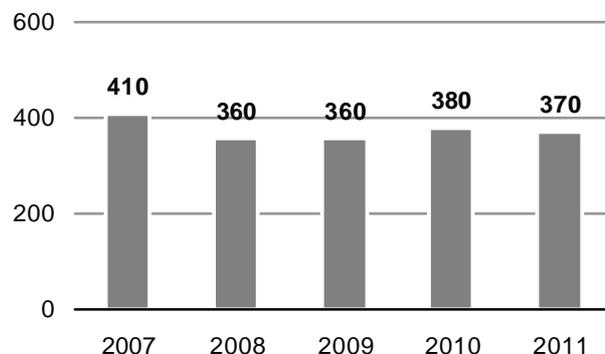
### Rückläufiges Mitgliederpotenzial

Im Freistaat Sachsen gab es im Jahr 2011 ca. 370 Personen, die diesen Bestrebungen angehörten. Damit ist diese Zahl gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesunken.

Weniger als 1% der im Freistaat Sachsen lebenden Ausländer bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund wird diesen Beobachtungsbereichen zugerechnet.

Die Zusammensetzung des dem Ausländerextremismus zuzurechnenden Personenkreises hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert.

### Personenpotenzial des Ausländerextremismus im Freistaat Sachsen



### Fortwährend hohe Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Die hohe Gefährdung durch den islamistisch motivierten Terrorismus bestand – so wie bereits im Vorjahr – auch im Jahr 2011 fort. Auch 2011 erlangten die Sicherheitsbehörden Hinweise auf Anschlagplanungen in Bezug auf in der Bundesrepublik Deutschland gelegene Ziele und auf solche, die deutsche Interessen im Ausland beeinträchtigt hätten. Die Bedrohungslage ging dabei zunehmend von eigenständig agierenden Gruppierungen aus, die mit AL-QAIDA Ideologie und Ziele teilen, ohne jedoch fest in ein Netzwerk eingebunden zu sein.

### Steigende Gefahr durch Selbstradikalisierungsprozesse

Auf Grund des Todes führender Angehöriger von AL-QAIDA kann zwar einerseits von einer Schwächung der Organisation ausgegangen werden, andererseits hat sich hierdurch jedoch die Gefahr terroristischer Anschläge durch nur „im Geiste“ mit AL-QAIDA verbundene, selbstständig agierende Gruppen sowie insbesondere durch fanatisierte Einzelpersonen erhöht. Das wurde z. B. durch das Attentat auf dem Flughafen in Frankfurt am Main (Hessen) am 2. März 2011, welches als erster islamistisch-terroristisch motivierter Anschlag in der Bundesrepublik Deutschland gilt, deutlich. Ein junger Einzeltäter tötete dabei zwei US-Soldaten und verletzte zwei weitere lebensgefährlich. Er hatte sich durch islamistische und jihadistische Propaganda im Internet radikalisiert. Bis zum Zeitpunkt der Ermordung der Soldaten hatte er ein nach außen unauffälliges Leben geführt.

## **Internet als Propaganda-Medium Nr. 1**

Islamistische und islamistisch-jihadistische Propaganda wird mittlerweile vornehmlich über das Internet verbreitet. Im deutschsprachigen Raum hat die Palette an einschlägigen Webseiten, Portalen und Internetforen stark zugenommen. Neben der Vermittlung islamistischer Ideologie setzt die islamistische Propaganda im Internet aber auch zunehmend auf strukturelle Veränderungen der islamistisch-terroristischen Szene. Beispiel hierfür ist das seit 2010 mehrfach erschienene englischsprachige Internet-Magazin INSPIRE, für das mit hoher Wahrscheinlichkeit AL-QAIDA auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) verantwortlich zeichnet. Dieses bietet konkrete Anleitungen für die Planung von Gewalttaten durch „individuelle Initiative“ und „geheimen Widerstand in möglichst kleinen Zellen“ und liefert zugleich die religiöse Legitimation für solche Gewalttaten. Ein weiteres Element jihadistischer Propaganda im Internet ist die kontinuierliche Verbreitung islamistischer Botschaften bis hin zu Mordaufrufen, auch gegen deutsche Zivilisten.

AL-QAIDA nutzte das Internet zudem, um den so genannten „Arabischen Frühling“, d. h. die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche in den arabischen Staaten, für propagandistische Zwecke zu nutzen. AL-QAIDA hat den islamischen Völkern Unterstützung in ihrem Kampf gegen die dort herrschenden Regime und gegen die „westlichen und amerikanischen Besatzer und ihre Verbrechen“ angeboten.

Im nicht gewaltorientierten Islamismus haben vor allem salafistische Seiten im Internet einen festen Platz gefunden.

## **Salafistische Bestrebungen auf hohem Niveau**

Der Salafismus, der erst vor wenigen Jahren in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerückt ist, gilt sowohl in Deutschland wie auch international als die zurzeit am schnellsten wachsende islamistische Bewegung. Salafistische Bestrebungen sind in den letzten Jahren bundesweit angestiegen. Ihnen werden in der Bundesrepublik Deutschland rund 3.800 Personen zugeordnet.

Im Freistaat Sachsen existiert der in Leipzig ansässige Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL RAHMAN MOSCHEE e. V. (IGS-AM). Hinsichtlich dieses Vereins bestehen tatsächliche Anhaltspunkte, dass er Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, indem er die salafistische Ideologie verbreitet.

Innerhalb des Salafismus gibt es politisch- und jihadistisch-geprägte Strömungen. Beide Richtungen unterscheiden sich weniger in ihrer Zielsetzung als viel mehr in der Wahl der Mittel. Der politische Salafismus setzt auf intensive Propagandatätigkeit, um seine Ideologie zu verbreiten und somit gesellschaftlichen und politischen Einfluss zu gewinnen. Das Ziel besteht schließlich in der Errichtung einer vermeintlich idealen islamischen Gesellschaft. Die Vertreter des jihadistischen Salafismus – sie verfolgen dasselbe Ziel – befürworten dagegen offen die Anwendung von Gewalt, um eine entsprechende Gesellschaftsordnung zu errichten. Beide Strömungen stützen sich dabei auf dieselben Autoritäten und Vordenker und teilen die Vision einer idealen islamischen Gemeinschaft nach dem Vorbild des Koran, der Sunna und den Vorstellungen der Altvorderen sowie unter vollständiger Anwendung der Scharia.

### **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) – keine bekannt gewordenen Aktivitäten**

Im Freistaat Sachsen sind 2011 keine PKK-Aktivitäten bekannt geworden. Das Anhängerpotenzial der PKK ist im Vergleich zu 2010 mit ca. 150 Personen unverändert geblieben.

## **Spionageabwehr**

Ausländische Nachrichtendienste sind auch 2011 in der Bundesrepublik Deutschland aktiv gewesen. Dazu zählen chinesische, russische und Nachrichtendienste aus dem arabischen Raum.

Ein wichtiges Beschaffungsziel fremder Nachrichtendienste ist es, wirtschaftliche Vorteile zu erlangen und mit staatlicher Unterstützung und unter Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel den technologischen Abstand zu den führenden Industrienationen zu verringern. Im Fokus fremder Nachrichtendienste stehen aber auch Personen aus der Politik. Darüber hinaus haben sich offenbar Aktivitäten der syrischen Nachrichtendienste in Deutschland verstärkt, im Rahmen derer hier lebende syrische Oppositionelle sowie Regimekritiker etc. ausgespäht wurden.

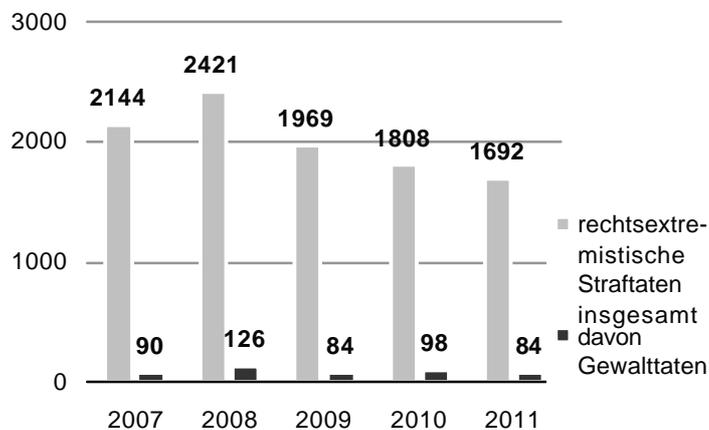
Um über die Ziele und Arbeitsweisen fremder Nachrichtendienste aufzuklären, hielt das LfV Sachsen 2011 weiterhin zu Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Forschungseinrichtungen und Privatpersonen Kontakt. Dabei ist die Sensibilisierung und Aufklärung über Gefahren und Methoden fremder Nachrichtendienste sowie die Information über mögliche Gegenmaßnahmen das effektivste Mittel zur Abwehr von Wirtschaftsspionage.

## Straftaten mit extremistischem Hintergrund

2011 hat sich erneut der seit einigen Jahren im Freistaat Sachsen feststellbare Rückgang der rechtsextremistischen Straftaten fortgesetzt. Mit 1.692 Delikten sank diese Zahl um ca. 6% (2010: 1.808).

Auch die Anzahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte ist gesunken. Dieser Rückgang betrug 14%, die Anzahl der entsprechenden Delikte belief sich auf 84 (2010: 98). Der Anteil der Gewalttaten an den rechtsextremistischen Straftaten lag wie im Jahr 2010 bei etwa 5%.

### Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



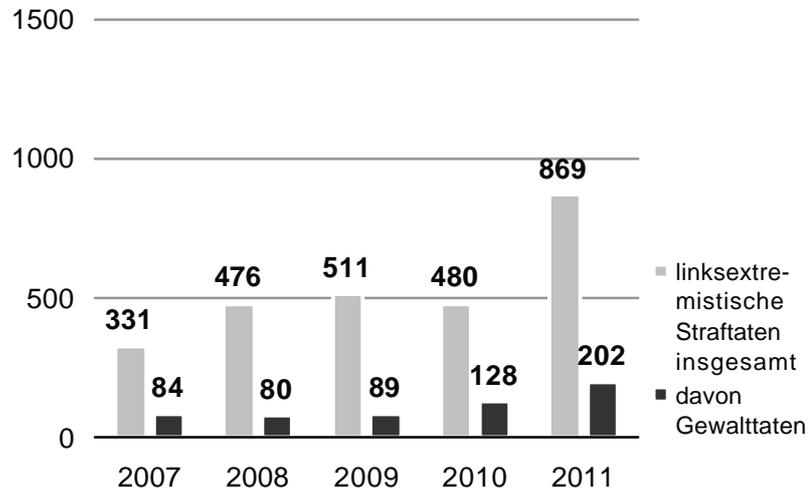
Mehr als die Hälfte (2011: 54 %, 2010: 58 %) der rechtsextremistischen Gewalttaten richtete sich gegen den politischen Gegner. Der Anteil der fremdenfeindlichen Gewaltdelikte betrug 27% (2010: 28%).

Regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Straftaten waren 2011 die Städte Dresden (281) und Leipzig (187). Dies trifft auch für die rechtsextremistischen Gewalttaten zu.

Ein massiver Anstieg war sowohl bei den linksextremistischen Straf- als auch den linksextremistischen Gewalttaten zu verzeichnen. So stieg die Anzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund um ca. 81% auf 869 Delikte an (2010: 480). Die Anzahl der Gewaltdelikte mit linksextremistischem Hintergrund erhöhte sich um ca. 58% auf 202 Fälle (2010: 128).

Der Anteil der linksextremistischen Gewalttaten an den linksextremistischen Straftaten betrug ca. 23 % (2010: ca. 27%) und ging damit leicht zurück.

### Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Schwerpunkt der linksextremistischen Gewaltdelikte waren vor allem Körperverletzungen. Ferner wurden 66 Landfriedensbrüche registriert. Von den 202 linksextremistischen Gewalttaten richteten sich 153 und damit ca. 76% (2010: 68, ca. 53%) gegen den politischen Gegner.

598 (2010: 228) der insgesamt 869 (2010: 480) Straftaten sind während Demonstrationen verübt worden. Damit stieg der Anteil dieser Straftaten gegenüber dem Vorjahr deutlich auf ca. 69% (2010: ca. 48%) an. Bei 164 dieser Delikte handelte es sich um Gewalttaten (2010: 88). Damit stieg der Anteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen verübten Gewaltdelikte an der Gesamtzahl der im Freistaat Sachsen verübten linksextremistisch motivierten Gewaltdelikte auf ca. 81% (2010: ca. 69%).

Im Jahr 2011 wurde eine Straftat (2010: drei) festgestellt, die als ausländerextremistisch bewertet wurde. Dabei handelte es sich nicht um ein Gewaltdelikt (2010: eines). Damit setzte sich der Trend der geringen Anzahl ausländerextremistischer Delikte fort.